Az.: P5/.....,/.....

Formblatt zur Zusatzvergütung

betreffend den Rechtsreferendar/die Rechtsreferendarin

.....

1. Zahlungsweise und Verpflichtungserklärung zur Kostenübernahme

Das angefügte Hinweisblatt zur sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendare/innen durch private Ausbildende habe ich zur Kenntnis genommen. Vor dem dort erläuterten Hintergrund gebe ich (bei Anwaltssozietät: im Namen aller Partner der Anwaltssozietät/bei Unternehmen: im Namen des Trägers der Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Von mir/uns werden dem Referendar/der Referendarin im Rahmen der Ausbildung (einschl. hiermit zusammenhängender Nebentätigkeiten) entgeltliche Vergütungen, geldwerte Vorteile und /oder Sachzuwendungen (Zusatzvergütungen) gewährt, und zwar

- laufend in Höhe von/im Wert von EUR monatlich für
 - den ganzen Ausbildungszeitraum
 - die Monate

- laufend (z.B. bei quartalsweiser Zahlung) in Höhe/im Wert von EUR am, davon entfällt anteilig auf
 - den Monatein Betrag von.....EUR
 - den Monatein Betrag von.....EUR
 - den Monatein Betrag von.....EUR

- einmalig in Höhe/im Wert von EUR am

Sollten meine/unsere im Rahmen der Ausbildung tatsächlich geleisteten Zusatzvergütung von den oben stehenden Angaben abweichen, werde ich/werden wir dies dem Oberlandesgericht Dresden unverzüglich und möglichst im Voraus mitteilen. Gleiches gilt, wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine Zusatzvergütung vereinbart und gewährt wird.

Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns hiermit, dem Freistaat Sachsen die auf die Zusatzvergütung entfallenden Arbeitgeberanteile auf Anforderung des Oberlandesgerichts Dresden zu erstatten.

Mit der Zuweisung des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin nimmt der Freistaat Sachsen, vertreten durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts, die Verpflichtungserklärung an.

.....
Ort / Datum

.....
Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift

2. Datenschutzrechtliche Einwilligung des Auszubildenden

Ich bin/wir sind mit der Verarbeitung der für die - im Hinweisblatt dargestellte - Abwicklung der Zusatzvergütung zusätzlich erforderlichen Daten (Mitteilung der Höhe der Zusatzvergütung, Übermittlung der Höhe der Zusatzvergütung vom Oberlandesgericht Dresden an das Landesamt für Steuern und Finanzen, Speicherung der Höhe des Arbeitgeberanteils zur Anforderung der Erstattung und zur Sicherstellung des Zahlungseingangs durch das Oberlandesgericht Dresden) einverstanden.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt ausschließlich zum Zweck der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Abwicklung der Zusatzvergütung.

Die Einwilligung ist freiwillig. Wird die Einwilligung widerrufen, werden die übermittelten Daten gelöscht, soweit sie nicht zur Abwicklung der Zahlung bereits angefallener Arbeitgeberanteile benötigt werden.

Im Fall eines Widerrufs der Einwilligung ist dem/der zugewiesenen Rechtsreferendar/Rechtsreferendarin die Entgegennahme einer Zusatzvergütung untersagt, weil andernfalls die ordnungsgemäße sozialversicherungs- und steuerrechtliche Behandlung der Zusatzvergütung nicht sichergestellt ist.

.....
Ort / Datum

.....
Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift

3. Datenschutzrechtliche Einwilligung des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin

Ich bin mit der Übermittlung der vorgenannten Daten durch den mir zugewiesenen Auszubildenden einverstanden.

Die Einwilligung ist freiwillig. Wird die Einwilligung widerrufen, ist der/die Auszubildende nicht mehr befugt, an Stelle des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin die vorgenannten Daten zu übermitteln.

Im Fall eines Widerrufs der Einwilligung ist die Entgegennahme einer Zusatzvergütung untersagt, weil andernfalls die ordnungsgemäße und sozialversicherungs- und steuerrechtliche Behandlung der Zusatzvergütung nicht sichergestellt ist.

.....
Ort / Datum

.....
Unterschrift Rechtsreferendar/Rechtsreferendarin

Hinweisblatt zur sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen

Einnahmen einschließlich geldwerte Vorteile und Sachzuwendungen, die Referendarinnen/Referendare aus oder in Zusammenhang mit ihrer Ausbildung erzielen, sind grundsätzlich steuerpflichtiger Arbeitslohn und sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt. Dies gilt auch dann, wenn diese Zahlungen im Rahmen der Ausbildung von Dritten gewährt werden oder wenn sie zwar formal auf einer Nebentätigkeit beruhen, inhaltlich aber ein Bezug zur Ausbildung besteht.

Verantwortlich für die ordnungsgemäße steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Einnahmen, einschließlich der im Rahmen der Ausbildung von den Auszubildenden an Referendarinnen und Referendare geleisteten zusätzlichen Vergütungen, geldwerten Vorteile und Sachzuwendungen (Zusatzvergütungen) ist der Freistaat Sachsen als Dienstherr. Daher ist es erforderlich, dass die Auszubildenden dem Oberlandesgericht Dresden mit dem hierfür vorgesehenen Formblatt mitteilen, wann und in welcher Höhe sie Zusatzvergütungen leisten, ob es sich dabei um laufendes oder einmalig gezahltes Arbeitsentgelt handelt und – wenn es sich um laufendes Entgelt handelt – für welchen Zeitraum die Vergütung erfolgt.

Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands ist es hilfreich, dass die Höhe der zusätzlichen Entgelte, geldwerten Vorteile und Sachzuwendungen möglichst vor Beginn der Ausbildung mitgeteilt werden. Werden im bereits laufenden Zuweisungszeitraum erstmals noch nicht angezeigte Zusatzvergütungen gewährt, ist dies unverzüglich nach Abschluss der Vergütungsvereinbarung unter Verwendung des Formblattes anzuzeigen.

Ferner ist in der Regel die Zusatzvergütung in einem monatlich gleichbleibenden Betrag oder einer den gesamten Ausbildungszeitraum umfassenden Einmalzahlung zu gewähren. Die im vorgenannten Formblatt enthaltene Unterscheidung zwischen laufendem und einmalig gezahltem Entgelt ist nötig, da laufende Entgelte, d.h. Vergütungen für die Arbeitsleistung in einem bestimmtem Abrechnungszeitraum, für die Beitragsberechnung dem Monat zuzuordnen sind, in dem die Arbeitsleistung erfolgt, während einmalig gezahltes Entgelt, das nicht einer zeitlich bestimmtem Arbeitsleistung zuzuordnen ist, im Regelfall dem Monat der Zahlung zugeordnet wird. Soweit laufendes Arbeitsentgelt für mehrere Abrechnungszeiträume (Monate) gesammelt in einer Summe ausgezahlt wird, ist zu entscheiden, in welcher Höhe die Zahlung anteilig für welchen Monat bestimmt ist. Die Einordnung als laufendes oder einmalig gezahltes Entgelt hängt von den individuellen Vereinbarungen ab, auf deren Grundlage die Leistungen erfolgen. Die Entscheidung hierüber hat der die Zusatzvergütung zahlende Auszubildende zu treffen; in Zweifelsfällen bietet die zuständige Krankenkasse Unterstützung bei der korrekten Beurteilung der Zahlung. Da zur Bestimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile die Ausbildungsbezüge und die Zusatzvergütungen zusammengerechnet werden, sind Zusatzvergütungen auch dann anzugeben und sozialversicherungspflichtig, wenn sie für sich gesehen nur einen geringen Wert haben.

Für die Ermittlung der Höhe und die Zahlung der auf die Zusatzvergütung entfallenden Lohnsteuer und der Beitragsanteile zur Sozialversicherung ist das Landesamt für Steuern und Finanzen zuständig. Die von den Auszubildenden mitzuteilenden Informationen werden deshalb vom Oberlandesgericht dorthin weitergeleitet.

Der Abzug der Lohnsteuerbeträge und, soweit die Ausbildung im öffentlich-rechtlichen Auszubildendenverhältnis absolviert wird, der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung auch für die Zusatzvergütungen erfolgt aus den Ausbildungsbezügen. Reichen die Ausbildungsbezüge zur Einbehaltung der Abzüge nicht aus, ist die Referendarin bzw. der Referendar zur Erstattung der Fehlbeiträge verpflichtet.

Die dem Freistaat Sachsen durch die Zahlung von Zusatzvergütungen entstehenden Kosten haben die Auszubildenden zu tragen. Insoweit ist zwischen dem Referendariat im öffentlich-rechtlichen Aus-

bildungsverhältnis und dem Referendariat im Beamtenverhältnis auf Widerruf zu unterscheiden:

Referendariat im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis hat der Freistaat Sachsen während des Vorbereitungsdienstes Sozialversicherungsbeiträge abzuführen. Die auf die Zusatzvergütung entfallenden Arbeitgeberanteile haben die Auszubildenden dem Freistaat Sachsen zu erstatten. Das Oberlandesgericht Dresden fordert die entsprechenden Erstattungsbeiträge bereits während der laufenden Ausbildungsstation bei den jeweiligen Auszubildenden an.

Referendariat im Beamtenverhältnis auf Widerruf

Für Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis auf Widerruf hat der Freistaat Sachsen während des Vorbereitungsdienstes zunächst keine Sozialversicherungsbeiträge abzuführen. Nach dem unversorgten Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis müssen allerdings die Rentenversicherungsbeiträge im Rahmen der Nachversicherung an den Rentenversicherungsträger gezahlt werden. Dabei hat der Dienstherr die Beiträge in voller Höhe (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) zu tragen. Soweit Beiträge auf der Zahlung eines zusätzlichen Stationsentgeltes beruhen, sind sie vom Auszubildenden zu erstatten.

Die Nachversicherung erfolgt jedoch unter Umständen erst nach vielen Monaten oder mehreren Jahren. Die Auszubildenden erst zu diesem Zeitpunkt zur Erstattung der auf die von ihnen gezahlte Zusatzvergütung entfallenen Beiträge heranzuziehen, steht die Befürchtung entgegen, dass die Geltendmachung der zum Teil erheblichen Beträge für einen weit zurückliegenden Zeitraum in nicht wenigen Fällen erfolglos oder doch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein könnte. Daher haben die Auszubildenden statt der tatsächlichen Beitragszahlungen pauschale Erstattungsbeiträge für die Rentenversicherungsbeiträge, die im Falle der Nachversicherung zu zahlen sind, unabhängig vom Eintritt des Nachversicherungsfalles bereits während der Ausbildungsstation zu zahlen. Die Berechnung des Erstattungsbetrags erfolgt durch Multiplikation der Zusatzvergütung mit dem jeweils geltenden Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung (derzeit 18,6 %).

Eine Rückerstattung der gezahlten Beträge erfolgt auch dann nicht, wenn eine spätere Nachversicherung ausnahmsweise unterbleibt, weil die Rechtsreferendarin oder der Rechtsreferendar nach Abschluss des Referendariats in ein Beamten- oder Richterverhältnis übernommen wird. Da frühestens nach Ende des Vorbereitungsdienstes, oft aber auch erst Jahre später, feststeht, ob eine ehemalige Rechtsreferendarin oder ein ehemaliger Rechtsreferendar nachzuversichern ist oder nicht, würde es einen unvermeidbar hohen Verwaltungsaufwand verursachen, wenn die Zahlungen in diesen Fällen zurückerstattet werden müssten. Aus diesem Grund setzt die Zuweisung einer Rechtsreferendarin oder eines Rechtsreferendars im Beamtenverhältnis auf Widerruf an eine private Ausbildungsstelle das Einverständnis voraus, dass auch bei einem Unterbleiben der späteren Nachversicherung keine Rückerstattung der gezahlten Beträge erfolgt. Diese pauschalierte Lösung stellt keine unzumutbare Belastung der privaten Ausbildungsstelle dar, da nur vergleichsweise wenige Referendarinnen und Referendare später vom Staat übernommen werden, so dass für den Großteil von ihnen eine Nachversicherung durchzuführen ist.